

**An die
Mülheimer Medien**

12. Januar 2018

**Weitere NRW-Finanzmittel für die Integration der Flüchtlinge in den Kommunen: CDU und FDP halten Wort!**

„Die CDU ist hoch erfreut über die Zusage der NRW-Koalitionsfraktionen CDU und FDP, 2018 dafür zu sorgen, direkt an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 100 Mio. € und damit auch an Mülheim an der Ruhr geschätzt über 1 Mio. € zusätzlich aus der Integrationspauschale des Bundes weiterzuleiten. Damit wird der Beweis geliefert, dass nach dem Regierungswechsel CDU und FDP Wort halten und den Städten und Gemeinden bei der Zukunftsaufgabe ‚Integration der Flüchtlinge‘ stärker als bisher finanziell geholfen wird.“, loben die CDU-Fraktionsvorsitzende Christina Kaldenhoff und die CDU-Kreisvorsitzende Astrid Timmermann-Fechter den Vorstoß von CDU und FDP.



Die CDU-Fraktion und die CDU sehen in dieser neuen Landesinitiative einen sehr guten Beitrag der NRW-Koalition im neuen Umgang vor allem gegenüber den notleidenden NRW-Kommunen. Da SPD und Grüne die Integrationspauschale des Bundes 2017/2018 bisher vollständig in den Landeshaushalt gesteckt haben und den direkt betroffenen Kommunen bewusst vorenthalten haben, ist das eine „bemerkenswerte Kurskorrektur“ der neuen Landtagsmehrheit von CDU und FDP.

Christina Kaldenhoff und Astrid Timmermann-Fechter: „Diese Entscheidung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um unsere grundsätzliche Forderung zu erfüllen, gerade im Bereich der Vollkostenerstattung bei allen Integrationsaktivitäten vor Ort weiterzukommen. Festzustellen ist auch, dass die neue CDU/FDP-Koalition zugleich stärker als Rot-Grün das nach der Landesverfassung auch für den Aufgabenbereich „Integration“ geltende Konnexitätsprinzip „Wenn Bund und Land Leistungen bestellen, müssen sie diese auch voll bezahlen!“ anerkennt und beachten will.

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

- Fraktionsgeschäftsführer -